

Zur normativen Wende in den IB: Triangulation of a Different Kind

Der Artikel stellt eine US-amerikanische und eine deutsche Perspektive auf Normativität in der Theorie der internationalen Beziehungen (IB) vor und hinterfragt beide kritisch im Hinblick auf ihre Verortung zu der Frage nach demokratischem Regieren im globalen Raum. Dazu wird die theoretische Triangulation eingeführt, die nicht unterschiedliche methodische Vorgehensweisen, sondern unterschiedliche theoretische Ansätze zusammenführt. Dazu werden Global Governance, Weltgesellschaftlichkeit und globaler Konstitutionalismus als heuristische Ansätze, deren Entwicklung reale Veränderungen in den inter-nationalen Beziehungen reflektieren, in Bezug gesetzt. Der Beitrag entfaltet dieses Argument in drei weiteren Abschnitten: Abschnitt zwei stellt die theoretische Triangulation vor. Der dritte Abschnitt fragt nach der Substanz der normativen Wende, die durch die beiden eingangs vorgestellten Perspektiven strategisch eingefordert wird. Abschnitt vier überprüft den konkreten Beitrag methodologischer Innovationen in der Normenforschung der IB und ihre Relevanz für die systematische Adressierung von Normativität in den IB.

1. Einleitung: Trend-Spotting

»The narrative of global governance must also marry the theoretical and the normative« (Barnett/Sikkink 2008: 79). Mit diesem Aufruf zur Neugestaltung des lange als dominant betrachteten staatszentrierten Forschungsprogramms der Theorie der internationalen Beziehungen (IB) haben Michael Barnett und Kathryn Sikkink unlängst die weithin geteilte Grundüberlegung, dass sich die IB als Disziplin vom konzeptionellen Fokus auf die Anarchie entfernen muss, um die Narrative der *Global Governance* begreifen und entfalten zu können, noch einmal an prominenter Stelle hervorgehoben. Im 21. Jahrhundert soll der Wandel von einer internationalen Gemeinschaft von Staaten zu einer globalen Gesellschaft in den Vordergrund gestellt werden. Damit verknüpft ist erhöhte konzeptionelle Aufmerksamkeit gegenüber – gesellschaftlicher, politischer und kultureller – Vielfalt, um die veränderte Welt theoretisch adäquat adressieren und politisch besser gestalten zu können (Barnett/Sikkink 2008). Die Organisatorinnen und Organisatoren der Frankfurter Tagung, auf der die Erstfassung dieses Beitrags vorgetragen wurde,¹ forderten mit ihrem *Call for Pa-*

1 Der Beitrag wurde zuerst auf dem ZIB-Symposium zur IPT auf der gemeinsamen Veranstaltung der Sektionen für Internationale Politik und für Politische Theorie und Ideengeschichte in der DVPW Frankfurt am Main, 10.-12. Juni 2010 vorgestellt. Dank für die Einladung geht an Stephan Stetter, für Kommentare danke ich Nicole Deitelhoff, Philip Liste, Hannes Hansen-Magnusson, Sassan Gholiagha und Maren Hofius. Für Diskussionen um die Normativität in den IB bin ich vor allem Hauke Brunkhorst, Jutta Brunnée, Jean Cohen, Fritz Kratochwil,

pers ebenfalls die Erweiterung der IB-Theorie. Mit dem Aufruf, Konzepte der Vergesellschaftung und Herrschaft durch interdisziplinären Diskurs mit der Politischen Theorie für die IB fruchtbar zu machen, ist die Motivation dieses deutschen Trends gesellschaftstheoretisch und normativ begründet (Deitelhoff et al. 2010). Generell kann daher von einem geteilten Interesse an detaillierteren konzeptionellen Ausführungen zu einer neu wahrgenommenen Komplexität jenseits von Staatlichkeit gesprochen werden. Da beide Beobachtungen zeitlich parallel jedoch in unterschiedlichen akademischen Kontexten entstanden, schließt sich die legitime Frage nach einem breiteren, womöglich global zu entfaltenden, Trend theoretischer Innovation in den IB an. Sie soll im Folgenden vergleichend diskutiert werden.

So sieht beispielsweise die Frankfurter Option mit der Ausformulierung der Internationalen Politischen Theorie (IPT) als neuer Teildisziplin der Politikwissenschaft eine weitaus umfassendere gesellschaftstheoretisch fokussierte Innovation im Bereich der Theoriebildung vor. Zwar geht es den Frankfurtern wie Barnett und Sikkink neben der Desaggregation des Akteurskonzepts und der Konzeptualisierung von Vielfalt auch um die Verankerung des Normativen in der IB-Theorie. Dennoch ist das Normative beider Initiativen theoretisch deutlich verschieden zu verorten. Sie unterscheiden sich, so soll im Folgenden ausgeführt werden, vor allem durch die Art und Weise, in der das Normative und die Gesellschaft theoretisch in Bezug gesetzt werden sollen. Letztendlich stellt sich jedoch die allgemein relevante Frage nach den grundlegenden Rahmenbedingungen von internationaler Interaktion im globalen Raum. Diese bleiben durch die konzeptionell trotz aller Beachtung offensichtlich immer noch schwer zu erfassende Verortung und Gestaltung von Prozessen, die sich *jenseits moderner Staatlichkeit* entfalten, in der theoretischen Erschließung nach wie vor problematisch (siehe generell Beck/Grande 2005). Um sich dem Problem systematisch zu nähern, schlägt dieser Beitrag den methodologischen Ansatz theoretischer Triangulation vor. Die von der Frankfurter Tagung angeregte programmatische Debatte um die Funktion und Ausgestaltung der IPT als neuer Teildisziplin der Sozialwissenschaft bietet dabei einen Referenzrahmen, die Frage nach der Normativität in den IB den Forschungsgegenstand. Wie im Folgenden argumentiert wird, sieht dieser Beitrag die Funktion der IPT nicht notwendig in einer neu zu etablierenden Disziplin, sondern vor allem in der Konstitution eines interaktiv und interdisziplinär zu gestaltenden Diskurshintergrundes, der die längst überfällige systematische normative Vertiefung der IB ermöglicht.²

Wenn Normativität als neue Dimension in den IB theoretisch eingeführt werden soll, dann muss die Frage nicht heißen, wie am besten gesteuert wird, um die Machtverhältnisse zu erhalten (Schwerpunkt: funktionalistisch utilitaristisches Forschungsinteresse) oder wie funktional differenziert wird, um kontextuellen Veränderungen systematisch zu begegnen (Schwerpunkt: systemtheoretisches Forschungsinteresse),

Mattias Kumm, Catherine Lu, Stefan Oeter, Vincent Pouliot, Stephen Toope und Jim Tully dankbar. Die Verantwortung für die vorliegende Version des Aufsatzes liegt allein bei der Autorin.

2 Vgl. dazu beispielsweise die Beiträge von Hauke Brunkhorst (2010, in diesem Heft) und Oliver Kessler (2010, in diesem Heft) zu diesem Symposium.

sondern, wie ist demokratische Legitimation für die größtmögliche Zahl der Regierten zu erreichen (Schwerpunkt: normatives Forschungsinteresse)? Damit lässt sich die Herausforderung an eine zwar politikwissenschaftlich situierte, jedoch durch einen interdisziplinär offenen IPT-Diskurs stimulierte Debatte folgendermaßen zusammenfassen: *Wie ist das legitime Regieren im globalen Raum unter Berücksichtigung kultureller Vielfalt so zu gestalten, dass demokratische Standards hinreichend institutionell verankert sind?*³ Diese Frage ist bisher vor allem in Beiträgen zu dem relativ jungen Forschungsstrang des globalen Konstitutionalismus behandelt worden, der durch die interdisziplinäre Diskussion zwischen Rechtswissenschaft, politischer Theorie und der IB-Theorie gespeist wird.⁴ Zusammengefasst lautet das Argument dieses Beitrags daher: Die Grundzüge der IPT sind bereits lange vorhanden, sie müssen lediglich für die IB stärker verdeutlicht und in ihrer Anwendung überprüft und systematisiert werden. Die normative Herausforderung an die IB lässt sich, so soll weiter argumentiert werden, durch systematisches Anknüpfen an die heuristischen Ansätze der *Global Governance*, der Weltgesellschaftlichkeit und des globalen Konstitutionalismus aufnehmen.⁵

Im Folgenden stellt dieser Beitrag zunächst die beiden oben genannten Perspektiven auf die eingeforderte Normativität in den IB vor, um sie dann kritisch im Hinblick auf ihre jeweilige Verortung zu der Frage nach demokratischem Regieren im globalen Raum zu hinterfragen. Im Anschluss wird die methodologische Innovation der theoretischen Triangulation eingeführt. Sie fußt auf dem Vorschlag, die weithin angewandte Praxis methodischer Triangulation auf die Zusammenführung theoretischer Ansätze auszuweiten. Entsprechend wird vorgeschlagen, durch Triangulation nicht unterschiedliche methodische Vorgehensweisen (Bohnsack 2003; Flick 2004; Hoffmann 2006), sondern unterschiedliche theoretische Ansätze zusammenzuführen. Dazu werden *Global Governance*, Weltgesellschaftlichkeit und globaler Konstitutionalismus als bisher vornehmlich heuristisch formulierte Ansätze, deren Entwicklung reale Veränderungen in den inter-nationalen Beziehungen reflektiert, in Bezug gesetzt. Der Beitrag entfaltet dieses Argument in drei Abschnitten: Abschnitt 2 stellt die theoretische Triangulation vor. Der dritte Abschnitt fragt nach der Substanz der normativen Wende, die durch die beiden eingangs vorgestellten Perspektiven strategisch eingefordert wird. Abschnitt 4 überprüft den konkreten Beitrag methodologischer Innovationen in der Normenforschung der IB und ihre Relevanz für die systematische Adressierung von Normativität in den IB.

3 Hier ist zu betonen, dass mit der Berücksichtigung von Vielfalt als Forschungsprogramm nicht die Habermassche Einbeziehung des Anderen sondern die Gadammersche Interaktion und Akzeptanz des Anderen gemeint ist.

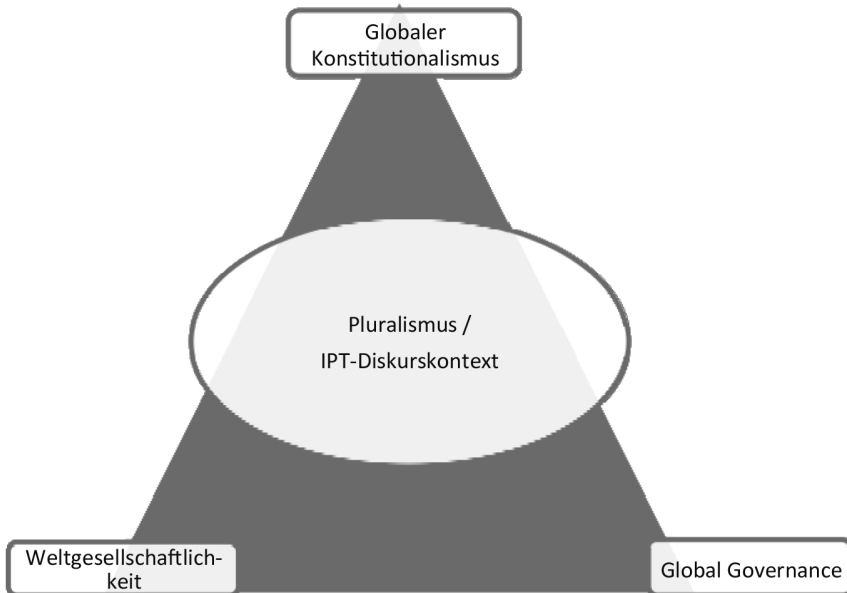
4 Diese Diskussion ist u.a. durch eine Reihe von Sammelbänden und Sondernummern internationaler Zeitschriften sowie durch die Publikation der neuen Zeitschrift *Global Constitutionalism*, die ab Dezember 2011 von *Cambridge University Press* publiziert wird, reflektiert.

5 Hier sind besonders die in den IB vorgelegten Arbeiten von u.a. Friedrich Kratochwil und Christian Reus-Smit, die die Relevanz normativer IB lange erkannt und adressiert haben, wegweisend. Ebensoles gilt für britische Beiträge zur IB, die generell weniger empirisch und mehr normativ argumentieren (siehe z.B. die Arbeiten von Chris Brown, Mervyn Frost, Kimberly Hutchings u.a.) sowie für völkerrechtliche Beiträge, die sich explizit auf die jüngere IB-Theorie beziehen (vgl. vor allem Jutta Brunnée, Stephen Toope, Grainne De Burca, u.a.).

2. *Triangulation of a Different Kind*

Das Konzept der Triangulation sieht ursprünglich eine Dreieckskonstellation von Vermessungspunkten zur Positionsbestimmung vor. In den Sozialwissenschaften hat diese Praxis die Möglichkeit der inner- sowie *intermethodischen* Triangulation unterschiedlicher, jedoch meist qualitativer Methoden eröffnet (Hoffmann 2006: 1). Damit ist eine Perspektive interaktiven Lernens entstanden. Diese soll hier als Ausgangspunkt zur *theoretischen* Triangulation und als interdisziplinäre Grundlage einer IPT vorgeschlagen werden.⁶ Konkret werden dabei die drei oben genannten Ansätze als Eckpunkte eines Dreiecks konzipiert. Der Forschungsgegenstand beschreibt dann die Annäherung an die Kondition jenseits von Staatlichkeit anhand der unterschiedlichen Phänomene, nach denen die Ansätze auch benannt sind: *Global Governance*, Weltgesellschaftlichkeit und globaler Konstitutionalismus. Die so angestrebte systematische Annäherung wird durch die theoretische Triangulation der Heuristiken dieser drei Ansätze gefördert, da jene den pluralistischen Diskurskontext der IPT speisen, der als Schnittmenge im Zentrum des Dreiecks steht (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: *Theoretische Triangulation*



⁶ Im Rahmen dieses Symposiumsbeitrags kann dieser Vorschlag nur andiskutiert und kurz umrissen werden. Er steht in anderen Forschungszusammenhängen der Autorin zur detaillierten Ausformulierung und Anwendung im Bereich der Grundlagenforschung an.

Die Perspektive der *Weltgesellschaftlichkeit* ist vor allem durch Beiträge aus der Soziologie, der Rechtswissenschaft und politikwissenschaftlichen Studien internationaler Beziehungen entwickelt worden (Fischer-Lescano 2005; Albert/Stichweh 2007). Ansätze, die sich in dieser Eckposition verorten, verstehen internationale Beziehungen als Beziehungen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren – inklusive derer zwischen Personen. Sie sind aus so unterschiedlichen Hintergründen wie der normativ orientierten Englischen Schule bis zu Luhmannschen Konzepten einer funktional differenzierten Weltgesellschaft entstanden (Bull 1977; Buzan 1993; für einen Überblick siehe Albert 2002: 21-67). Der *Global Governance*-Ansatz entstand ursprünglich durch die Beobachtung von »governance without government« (Rosenau/Czempiel 1992). Er sollte dazu beitragen, das Gleichgewicht zwischen Zivilgesellschaft und Staat einerseits und der Regulierung von Policy und Politik in der Abwesenheit einer Regierung andererseits herzustellen (Zürn 2000; Joerges/Zürn 2006; Marks et al. 1996; Held 1995). Die Forschung, die dieser Beobachtung folgte, schloss Rechtswissenschaftler und Politikwissenschaftlerinnen mit einem Interesse ein, Legitimität durch effiziente Steuerung und Regulationsmechanismen herzustellen (Kohler-Koch 1998). Anders dagegen fußt der Ansatz des *globalen Konstitutionalismus* auf der Feststellung, dass Normen trotz globaler Wirkung oft weniger politische und rechtliche Stabilität vorweisen können als Annahmen über liberale Gemeinschaften bisher nahelegen. Die demokratische Qualität globaler Verfassungsqualität bleibt daher nicht nur zu beobachten, sondern auch theoretisch zu erfassen und institutionell neu zu gestalten. Dieser Kontext hebt das *Puzzle* von Kontestation⁷ trotz zunehmender Verfassungsqualität in internationalen Beziehungen hervor. Im Vergleich mit globaler *governance* und Weltgesellschaftlichkeit bleibt der globale Konstitutionalismus eine bisher in den IB weniger wahrgenommene theoretische Perspektive.⁸ Während die beiden anderen Ansätze interdisziplinäre Bezüge durch Importe aus dem Institutionalismus, der Öffentlichen Verwaltung und der Soziologie in die IB hergestellt und ausformuliert haben, blieb, wie die folgende Zusammenfassung der Normenforschung in Abschnitt 4 zeigen wird, der Konstitutionalismus weiterhin vornehmlich Forschungsgegenstand in den Rechtswissenschaften und der politischen Theorie. Entsprechend bleibt der Forschungsrahmen, der es erlauben würde, die sich verändernde konstitutionelle Qualität in Kontexten jenseits moderner Staatlichkeit zu erforschen, noch kaum für die IB entwickelt. Hier kann der u.a. durch dieses Symposium ermöglichte Diskussionshintergrund einen hilfreichen Kontext bieten, um interdisziplinäre Diskussion gezielt auf der Basis von Grundlagenforschung zu fördern.

Den drei Ansätzen ist zweierlei gemein: Sie widmen sich dem Studium von Phänomenen jenseits von Staatlichkeit wie Prinzipien, Praktiken und Prozessen, die Ge-

7 Hier ist zu beachten, dass Kontestation als interaktiver Prozess der Umstrittenheit definiert wird. Mit diesem Bezug auf aktive Teilnahme geht das Konzept über die Dahlsche Formulierung von Kontestation als Grundbedingung demokratischer Gemeinschaften hinaus (vgl. Tully 2002; Dahl 1971).

8 Vgl. Cohen (2004; 2008); Dunoff/Trachtman (2009); Fassbender (1998); Peters (2009); Halberstam/Stein (2009); Forst (2007); von Bogdandy (2008).

sellschaft, *governance* und Konstitutionalismus global zu konzipieren suchen, und sie sind keine Theorien mit umfassendem Erklärungsanspruch, sondern akademische Artefakte (Weiler 1999), die sich durch die Wechselseitigkeit von gesellschaftlichem Wandel und politischem Anspruch entfalten. Obwohl die akademische Literatur, die sich mit diesem Phänomenen befasst, durchaus drei verschiedene Denkschulen mit ihren eigenen Publikationsorganen hat entstehen lassen, sind konzeptionelle Überschneidungen wie die geteilte konzeptionelle Herausforderung durch neue Vielfalt, Komplexität und Normativität jenseits von Staatlichkeit erkennbar. In dieser Schnittmenge, so soll hier argumentiert werden, sind bereits Anknüpfungspunkte an genau jene Themen vorhanden, die die beiden eingangs vorgestellten Perspektiven angesichts der neuen Vielfalt in den internationalen Beziehungen einfordern. Mit Blick auf das Thema dieses Symposiums geht es folglich weniger um die Ausformulierung einer internationalen politischen Theorie, sondern darum, die bereits vorhandenen Ansätze miteinander kommunizieren zu lassen, so dass eine systematische Auseinandersetzung mit Normativität ermöglicht wird.

Das Argument soll im Folgenden ausgeführt werden, indem der Frage nach dem Nutzen der IPT für die IB nachgegangen wird. Dabei muss immer wieder hervorgehoben werden, dass die IPT als globales Projekt nicht nur interdisziplinär konzipiert ist, sondern auch konkreten Bedarf an interkulturellem Austausch zwischen verschiedenen Wissenschaftstraditionen hat (Wæver 1998). Es bleibt abzuwarten, ob die Öffnung der IB sowie der anderen Kerndisziplinen wie beispielsweise der Politischen Theorie (vgl. Niesen 2010, in diesem Heft) hin zur IPT das Potenzial hat, die Diskussion um Normativität im globalen Raum systematisch und anwendbar auszugestalten. Diese Entwicklung wäre vor allem dann attraktiv, wenn es gelänge, die Wurzeln demokratischer Prozesse als umstritten zu begreifen und den Zugang zu politischer Kontestation durch entsprechende institutionelle Innovationen zu sichern.⁹

Wenn der Fokus auf die demokratische Legitimität in seiner vollen normativen Konsequenz ernstgenommen wird, muss gefragt werden, wie geteilte normative Geltung in Abwesenheit einer verfassten Gemeinschaft und der geteilten Lebenswelt aller Teilnehmenden erzielt werden kann. Damit wird die Gemeinschaftsannahme, die in den IB zwar dem breiten Spektrum liberaler Theorien zugrunde liegt (vgl. nur Goldstein/Keohane 1993; 1996a; Schimmelfennig 2000; Risse et al. 1999) bisher jedoch weitgehend unproblematisiert blieb, in den Vordergrund gerückt und die Frage nach der Verfassungsgrundlage von Vielfalt in Kontexten jenseits von Staatlichkeit aufgegriffen. Konkret lässt sich dann entsprechend der normative Umgang der neu wahrgenommenen Komplexität jenseits von Staatlichkeit als Herausforderung an eine IPT formulieren. Um die oben gestellte Frage nach der normativen Wende in den IB aufzugreifen, muss es dann nicht allein um die normative Wende gehen, sondern auch um die Zusammenführung von angewandter Wissenschaft und Grundlagenforschung. Erst solch ein bifokaler Ansatz erlaubt es, normative Fragen mit empirischen Beobachtungen so zu verknüpfen, dass sich die eingangs gestellte Frage nach dem demo-

9 Siehe beispielsweise die Arbeiten von Reus-Smit (1997; 2001); Tully (2002; 2008); Owen (2007); Forst (2007).

kratischen Regieren jenseits von Staatlichkeit unter Akzeptanz des Anderen erforschen lässt. Hier kommt die Diskussion einer möglichen Annäherung der drei Eckpositionen des Dreiecks zwischen Theorien der Weltgesellschaftlichkeit, der *Global Governance* und des globalen Konstitutionalismus ins Spiel. Denn sie erlaubt es, diese Positionen gemeinsame Herausforderung der demokratischen Legitimität gesellschaftlicher und politischer Interaktion jenseits von Staatlichkeit als möglichen Referenzrahmen aufzunehmen und anzuwenden. Wie spiegelt sich dieser theoretische Rahmen nun in den beiden eingangs vorgestellten Aufrufen zur theoretischen Öffnung/Vertiefung der IB?

Während der Frankfurter *Call for Papers* den Schwerpunkt auf die normative Herausforderung durch die konzeptionelle Einbettung in die Gesellschaftstheorie legt (Deitelhoff et al. 2010), die erst durch die Einrichtung einer IPT adressiert werden kann, fokussieren Barnett und Sikkink im theoretischen Anspruch weitaus bescheidener lediglich auf eine komplexere Konzeption von *Global Governance* (Barnett/Sikkink 2008). Sie fordern, den Forschungsgegenstand der IB vom ursprünglichen Studium der »internationalen Beziehungen« zum Studium der »globalen Gesellschaft« und damit hin zu normativen Narrativen zu bewegen (Barnett/Sikkink 2008: 62). Das heißt, eine Veränderung der Beobachtungsperspektive macht einen Wandel der *Narrative* erforderlich. Während der theoretische Analyserahmen der nordamerikanisch geprägten IB des 20. Jahrhunderts die Fokussierung auf Studien von »anarchy in a system of states« vorgegeben hat, geht es im 21. Jahrhundert darum, »governance within a global society« zu verstehen und zu gestalten (Barnett/Sikkink 2008: 63). Mit dieser im Kern funktional motivierten theoretischen Bewegung wird weniger Gesellschaftstheorie mit globalem Anspruch entwickelt als vielmehr *Global Governance* und Weltgesellschaftlichkeit problemorientiert in einer konzeptionellen Schnittmenge zusammengeführt.

Der von Barnett und Sikkink beobachtete Wandel ist mit dem *Call for Papers* für die Frankfurter Tagung insofern kompatibel, als er dazu aufruft, staatliche Akteure zu desaggregieren und ein entsprechend erweitertes und gesellschaftlich situiertes Akteurskonzept vorsieht. Trotz dieses Erweiterungsvorschlags zur Einbringung des Normativen in die IB lassen sich die Autoren jedoch nicht, wie beispielsweise im Frankfurter *Call for Papers* geschehen, auf eine klar umrissene Forderung nach einer konzeptionellen Revision der IB als normativ offene Sozialwissenschaft ein, die mit der Einführung der Begrifflichkeiten von Gesellschaft, Herrschaft und Vergesellschaftung einhergeht. Es bleibt daher zwischen einer *funktional* ausgerichteten Perspektive US-amerikanischer IB und der *substanziell* gesellschaftstheoretisch begründeten Perspektive der Frankfurter Tagung zu unterscheiden.¹⁰ Dennoch erhält auch der US-amerikanische beziehungsweise der weitergefasste angelsächsische Kontext durch den Bezug zwischen normativen Narrativen und Gestaltung internationaler Beziehungen im Rahmen eines Standard-Lehrbuches der IB (Reus-Smit/Snidal 2008)

10 Für den Versuch eines Brückenschlags, der die empirische Untersuchung des Normativen in einer globalen Politischen Theorie anstrebt, siehe den Beitrag von Michael Zürn (2010) zu dieser Tagung.

eine dezidiert normative Dynamik. Kann deswegen von einer *normativen Wende* gesprochen werden? Bedarf es für eine solche Wende der Etablierung einer neuen Teildisziplin wie von den Frankfurtern vorgeschlagen?

Geleitet durch die theoretische Triangulation soll hier argumentiert werden, dass eine normative Wende nicht nur notwendig ist, um die eingangs formulierte Leitfrage zu adressieren. Sie ist darüber hinaus aus zweierlei Gründen wichtig. Erstens kann sie sinnvoll an vorhergehende konstruktivistische und praktische Wenden in den IB anknüpfen.¹¹ Denn der Wandel von Anarchie zu Gesellschaftlichkeit kann erst durch die Entwicklung und Verteidigung normativer Standards und Prinzipien demokratisch vonstattengehen. Hier kann die IPT als international sowie interdisziplinär ausgerichteter diskursiver Referenzrahmen, der global offen bleibt und sich von daher als Versuch der fruchtbaren Anbindung von Demokratie- und Gesellschaftstheorie an die IB versteht, eine tragende Rolle spielen. Zweitens bedarf es hierzu allerdings weniger der Diskussion um die Blaupause einer IPT als vielmehr der Wahrnehmung bereits existierender interdisziplinär angelegter Ansätze in der IB und ihrer interdisziplinären Partnerdisziplinen wie vor allem dem Völkerrecht, der Demokratietheorie, der soziologischen Gesellschaftstheorie und den Geschichtswissenschaften. Diese bestehen bereits in Form heuristischer Perspektiven, die sich im Rahmen der Diskussion um Weltgesellschaftlichkeit, *Global Governance* und neuerdings der Diskussion um den globalen Konstitutionalismus herausgebildet haben.

3. *Theory-Plotting: Was steckt hinter der These des normativen Wandels?*

Im Folgenden wird der oben vorgestellte Trend zum Normativen dahingehend überprüft, ob er Potenzial zur nachhaltigen Gestaltung der internationalen Beziehungen im Sinne der demokratischen Garantie von Vielfalt bietet. Um das Argument der notwendigen theoretischen Innovation durch die Ausgestaltung normativer Ansätze in den IB zu veranschaulichen, wird zunächst die These von Barnett und Sikkink im Hinblick auf die Konzeption des Normativen interpretiert.¹² Anschließend wird diese Interpretation auf die Normenforschung in den IB angewandt, und dann ein Zukunftsszenario in Hinblick auf die theoretische Verzahnung des Normativen mit dem Empirischen anhand eines bifokalen Ansatzes entfaltet. Dazu wird der Trend im Kontext der konstruktivistischen Normenforschung kritisch gegen den Strich gelesen. Das konzeptionelle Problem der Kollektivität jenseits von Staatlichkeit wird sich durch alle drei Schritte ziehen. Es soll durch den Bezug auf das konkrete Problem der Gemeinschaftshypothese, die von der Annahme einer liberal orientierten Staatengemeinschaft ausgeht und die die Mehrzahl der IB-Ansätze bis heute prägt, veranschaulicht werden.

11 Vgl. Checkel (1998) zur konstruktivistischen Wende und Pouliot (2008) zur »praktischen« Wende (engl.: »practice turn«).

12 Zur hermeneutischen Textinterpretation siehe beispielsweise Kruse (2008).

Die Textinterpretation der Beobachtung von Barnett und Sikkink (2008) zeigt, dass dieser programmatische Aufruf zu einer Hinwendung der IB zum Normativen drei Beobachtungen enthält, die jeweils dezidierte Aussagen zur Rolle und theoretischen Qualität des Normativen machen. Wie im Folgenden auszuführen ist, erlaubt jede Beobachtung ihrerseits Schlussfolgerungen über die mögliche Rolle der IPT für die interdisziplinäre Öffnung der IB.

Beobachtung 1: Das Normative und das Theoretische sind grundsätzlich voneinander getrennt.

Aussage: Das Normative war bisher nicht theoretisch.

Folge IPT: Die IPT sollte die Verbindung von beiden ermöglichen.

Beobachtung 2: Das Normative kann das Konzept der *Global Governance* sinnvoll ergänzen.

Aussage: Das Normative ist theoretisch relevant und das Konzept der *Global Governance* ist nicht normativ.

Folge IPT: Die IPT erlaubt die theoretische Annäherung an das Normative.

Beobachtung 3: Die Notwendigkeit einer Verbindung zwischen dem Normativen und dem Theoretischen ergibt sich durch globale Veränderungen im 21. Jahrhundert.

Aussage: Die Verbindung der IB-Theorie mit dem Normativen ist unter bestimmten Kontextbedingungen notwendig. Sie resultiert aus funktionalen, nicht prinzipiellen Überlegungen.

Folge IPT: Die IPT wird strategisch dann bemüht, wenn funktionale Engpässe entstehen, das heißt, eine organische Entfaltung von Interdisziplinarität ist nicht angestrebt.

Welche Bedeutung haben diese drei Beobachtungen nun für die generelle Diskussion um die IPT als spezifisch deutsches, als internationales oder gar als globales Projekt? Wie hier argumentiert werden soll, ist die Unterscheidung nach akademischen Kontextbedingungen wichtig, wenn das Normative nicht generisch, sondern in seiner partikularen Ausprägung begriffen wird. So steht beispielsweise Beobachtung 1 (»das Normative ist nicht theoretisch«) grundsätzlich im Widerspruch zu dem Projekt einer normativ ausgerichteten IPT, wie sie auf der Frankfurter Sektionstagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) angeregt wurde. Hier wäre entsprechend zu zeigen, inwieweit dieser Widerspruch durch einen im Wæverschen Sinne kulturell bedingten generischen Unterschied in der Theoriebildung begründet ist (Wæver 1998). Um diese Frage zu beantworten, bedarf es einer vergleichenden Untersuchung der Einwirkung verschiedener Wissenschaftskulturen auf die Konzeptualisierung von IB-Theorie (z.B. USA, Großbritannien und Deutschland), die in dem hier angelegten Umfang des Papiers nicht geleistet werden kann (vgl. dazu Friedrichs 2004). Festzuhalten bleibt jedoch, dass, sollte dieser Unterschied bestätigt werden, die Formulierung des Anspruchs einer generellen IPT im Ansatz bereits fehlgeleitet wäre. Denn sie würde das Normative dem soziokulturellen Kontext entziehen. Dies würde weiterhin bedeuten, dass die Wirkung von Normen als strukturell konzipiert würde. In der Folge würden Normen ähnlich der Billardkugel des neorealistischen Staatskonzepts ontologisiert und ihre doppelte Qualität als gleichzeitig strukturieren-

des und konstruiertes Element unberücksichtigt bleiben (Giddens 1979; Wiener 2007).

Die von Barnett und Sikkink vorgetragene Notwendigkeit einer Öffnung der IB-Theorie zum Normativen, die aus US-amerikanischer Perspektive im 21. Jahrhundert entstanden ist, stellt also einen wichtigen Beitrag zu der in Frankfurt am Main angelegten konzeptionellen Debatte um die IPT dar, denn sie eröffnet den Blick auf die Problematik einer solchen Debatte im internationalen Zusammenhang. Die interpretative Analyse der Äußerungen weist darauf hin, dass die Hinwendung zum Normativen nicht prinzipiell, sondern funktional ist. Damit stellt sich die grundsätzliche Frage nach Potenzial und Machbarkeit interdisziplinärer Theoriebildung mit dem Ziel einer internationalen oder globalen generellen IPT.¹³ Diese Skepsis ist insofern besonders berechtigt, da die IB als internationale Disziplin, die sich vornehmlich durch den gezielten Bezug auf andere Disziplinen konstituiert und weitergebildet hat, auf eine »Debattenkultur« der fehlenden direkten Interaktion zurückblickt (Lapid 1989; Wæver 1996). Darüber hinaus wirft das Zitat jedoch auch ein Licht auf die bisher vernachlässigte notwendige Verbindung des funktionalen und normativ deutlich schlankeren *Global Governance*-Ansatzes. Hier bietet sich in der Tat eine sinnvolle Umsetzung des IPT-Projekts. Denn es kann den Rahmen für die Verbindung von der IB-Theorie der *Global Governance* mit Konstitutionalismusansätzen ermöglichen, die bereits eine ausgeprägte konzeptionelle Verzahnung mit der politischen Theorie (PT) vorweisen (Loughlin/Walker 2007; Dunoff/Trachtman 2009). Das heißt, die Wirkungsmacht der theoretischen Öffnung zum Normativen wird ähnlich wie schon die Einleitung der konstruktivistischen Wende dadurch bestimmbar, dass der Schritt der interdisziplinären Öffnung der IB als *framing move* bezeichnet wird.¹⁴ Diese Öffnung wird getragen und gestaltet durch die beteiligten Wissenschaftlerinnen als Akteure, deren Anteil an der Ausgestaltung der Narrative je nach Kontext und Kontestation variiert.

Zu beachten bei dieser Entwicklung ist vor allem der unterschiedliche Umgang mit Akteuren in den IB. Der *ad hoc*-Charakter des *Global Governance*-Ansatzes, der aus der Notwendigkeit, das Regieren jenseits von Staatlichkeit trotz Persistenz des Staatesystems theoretisch fassbar zu machen, Anfang der 1990er Jahre entstanden ist,¹⁵ hat immer Kritik an der normativen Engführung und, damit verbunden, der konzeptionellen Unschärfe des Konzeptes hervorgerufen (Reus-Smit 2001; Benhabib 2007). Während *Global Governance* ein akteurszentrierter Ansatz ist, steht der Weltgesellschaftsansatz diesem Konzept durch die Fokussierung auf systemimmanente Strukturbildung bzw. Veränderung durch funktionale Differenzierung von Systemen in der Variante der Stanford School bzw. der Luhmannschen Systemtheorie diametral entgegen. Beide Ansätze bleiben dabei normativ weniger explizit als der globale

13 Dies entspricht beispielsweise dem von Zürn (2010) formulierten Anspruch auf eine »globale politische Theorie« auf der Frankfurter Tagung.

14 Für den Ansatz des *framing*, der aus der soziologischen Bewegungsforschung kommt, siehe Snow/Benford (1992).

15 Vgl. Rosenau/Czempiel (1992); Hooghe/Marks (2001); Jachtenfuchs/Kohler-Koch (1996); Marks et al. (1996).

Konstitutionalismus. Als Projekt kann die Öffnung zur normativen Theorie durch Triangulation diesen Mangel durch den Bezug auf die Demokratie- und Verfassungstheorie ändern. Denn beides wird vom globalen Konstitutionalismus als drittem Eckpunkt im Dreieck explizit adressiert. Es bleibt abzuwarten, ob und wie hier eine konstruktive Interdisziplinarität entstehen kann.

Zusammengefasst bleibt die zugrunde liegende Definition von *Global Governance* als »generically understood as the maintenance of collective order, the achievement of collective goals, and the collective processes of rule through which order and goals are sought« (Rosenau 2000: 175; vgl. Barnett/Sikkink 2008: 63) noch weitgehend deskriptiv und fokussiert vor allem auf die Herausforderung, die die Frage der Konzeptualisierung von Kollektivität jenseits von Staatlichkeit an die IB-Theorien stellt. Sie hat sich jedoch dieser Herausforderung bisher nicht ausreichend gestellt. Daher ist die interdisziplinäre Öffnung der IB zur politischen Theorie, die beide der oben genannten Trends vorschlagen, wichtig. Dies wird im Folgenden anhand der Normenforschung in den IB näher beleuchtet. Denn sie erlaubt es, exemplarisch die theoretischen Optionen aufzuzeigen, die eine solche Öffnung bieten könnte.¹⁶ Das Argument soll im Folgenden anhand des Beispiels der Normenforschung in den IB und der in diesem Zusammenhang in unterschiedlichen Schritten jeweils vorgenommenen Öffnung zur normativen politischen Theorie, die als *moves* bezeichnet werden, entfaltet werden.

4. Die Öffnung zum Normativen: *What's Normative About Norms?*

Um das Potenzial der IPT als interdisziplinär angelegtem Diskursraum im Prozess der normativen Öffnung der IB zu bestimmen, werden exemplarisch drei kürzlich vorgenommene Erweiterungen der IB-Theorie als die schrittweise Öffnung zum Normativen konzipiert. Während diese Schritte selbst nicht primär auf die Inklusion des Normativen abzielten, sondern durch das Phänomen der zunehmenden Wirkungsmacht von Normen in den internationalen Beziehungen zwischen Staaten initiiert wurden (Jacobsen 1996; Risse et al. 1999), lassen sich hier dennoch sehr anschaulich drei unterschiedliche konzeptionelle Auseinandersetzungen mit dem Normativen und mithin die Bereitschaft zu konsequenter im Gegensatz zu eklektischer Interdisziplinarität aufzeigen. Jede der drei Perspektiven basiert auf der Konzeptualisierung von Handlungslogiken im Zusammenhang mit der Rolle von Normen in den internationalen Beziehungen. Sie werden im Folgenden kurz als drei chronologische *moves* rekapituliert. Diese stellen eine zunächst soziologisch beeinflusste, bewusste Entfernung von einer rationalistischen, akteurszentrierten Logik und schließlich eine nor-

16 Dabei bleibt jedoch grundlegend zu beachten, dass das analytische und theoretische Potenzial einer solchen Öffnung immer weniger in der Verortung in Bezug auf die Politische Theorie liegt, als im *Call for Papers* geschildert (Deitelhoff et al. 2010). Es hängt vielmehr von der wissenschaftstheoretischen Verortung der Autorin oder des Autors als Akteur dieses Veränderungsprozesses ab. Hier spielt die Verortung der Akteure in unterschiedlichen akademischen Kontexten eine wichtige Rolle (Wæver 1998).

mativ motivierte Hinwendung zu Interaktion als Kernprinzip eines demokratisch fokussierten globalen Konstitutionalismus dar (vgl. Tully 2002).

4.1. Move 1: Normen als Sozialstruktur

Der erste *move* bringt die Begrifflichkeit einer normativ begründeten Sozialstruktur in bestimmten gesellschaftlichen Kontexten als *Logik der Angemessenheit* in die IB. Normen werden als habitualisierte Gewohnheit, die Akteure zum gesellschaftlich angemessenen Handeln anleitet, begriffen.¹⁷ Diese »Normalität« wird nicht hinterfragt, denn sie erscheint allen Teilnehmenden als angemessen. Sie legitimiert die Handelnden als Mitglieder einer spezifischen sozial definierten Gruppe. Obwohl die interdisziplinäre Öffnung hier vorrangig die Organisationssoziologie ins Spiel bringt, handelt es sich dennoch um eine Öffnung hin zur – wenn auch zunächst unsichtbar bleibenden – Normativität. Damit wird der Legitimitätsbezug bereits konzeptionell in den IB verankert. Das Normative bleibt jedoch nur eine implizite Referenz, es wird nicht problematisiert, sondern funktional angewandt. Im Gegensatz zum Primat der Handlungsfähigkeit von Akteuren in der akteurszentrierten Institutionenanalyse untersuchen strukturorientierte Ansätze die Herausbildung von Institutionen als handlungsleitende Strukturen. Sie stützen sich auf makro- und organisationssoziologische Ansätze. Institutionen werden hier als aggregierte Handlungsregeln (»behavioral rules«) verstanden. Im Unterschied dazu sehen soziologisch konstruktivistische Ansätze Normen nicht als aggregierte Regelsätze, sondern als »single standards of behavior« (Finnemore/Sikkink 1998: 891).

Hier ist hervorzuheben, dass strukturelle, soziokulturell bedingte Einflussmechanismen in politischen Prozessen, die weder durch rechtliche noch durch politische Institutionen bestimmt sind, Wirkung zeigen. In der internationalen Politik sind vornehmlich solche Institutionen von Interesse, die das Verhalten von Akteuren signifikant beeinflussen. Das heißt, es wird mittels empirischer Forschung zum Akteursverhalten angestrebt, die Rolle und Funktion bestimmter Institutionen zu identifizieren. Danach lassen sich zwei Typen von Institutionen und ihre jeweilige Wirkung unterscheiden. Einerseits wird internationalen Institutionen durch die Schaffung von Interaktionsräumen für Eliten eine Diffusionsfunktion zugesprochen. Das heißt, durch den Austausch innerhalb supranationaler Kommunikationsräume werden bestimmte Normen, Ideen und Wertvorstellungen verbreitet. Diese finden durch die beteiligten Akteure ihren Weg in innerstaatliche Kontexte und tragen so zur Diffusion dieser Normen, Werte und Ideen bei. Andererseits wird Normen, wie beispielsweise Menschenrechtsnormen, selbst institutionelle Wirkung zugeschrieben, die dann handlungsleitenden Einfluss ausüben kann. So haben James March und Johan Olsen auf der Grundlage der Organisationssoziologie plausibel argumentiert, dass Akteure in bestimmten Situationen ihr Verhalten nach einer *Logik der Angemessenheit* ausrich-

17 Vgl. Morris (1956); March/Olsen (1989; 1998); Finnemore (1996); Finnemore/Sikkink (1998).

ten (March/Olsen 1998). Diese Institutionen sind im Allgemeinen soziokulturellen Ursprungs und werden als weiche Institutionen oder soziale Fakten (Ideen, Wissen, soziale Normen) bezeichnet (Ruggie 1998).

Beispiele für die Wirkung dieser Institutionen sind vor allem durch konstruktivistische Arbeiten in den IB sowie in der Integrationsforschung aufgezeigt worden. Diese Arbeiten folgen der Ausgangsfrage, warum – in Abwesenheit rechtlich bindender Regelsysteme oder auch ohne eine zwingende materielle Ausgangslage – Akteure Regeln befolgen. Sie weisen die Diffusion von Handlungsweisen und -kulturen wie zum Beispiel von Verwaltungskultur und -kooperation einerseits sowie der Akzeptanz der leitenden Rolle von Normen wie Menschenrechten, Umwelt- oder Arbeitsstandards andererseits nach. So haben beispielsweise John Meyer (1997) und seine Kollegen feststellen können, dass Verwaltungsformen, Verfassungstypen, Bildungsinstitutionen, selbst Institutionen der Sozial- oder Verteidigungspolitik als kulturelle Normen beziehungsweise institutionelle Verstetigungen von Verwaltungspraktiken in unterschiedliche Staaten diffundiert sind, ohne dass eine plausible Grundlage für diese Normen in den jeweiligen Anwendungskontexten vorlag (Katzenstein 1996). Für Untersuchungen institutionellen Wandels im europäischen Integrationsprozess sind hier insbesondere Fragen nach der Diffusionsleistung supranationaler Institutionen sowie nach der Verstetigung weicher Institutionen relevant. So haben Studien zur »Europäisierung« von Normen im europäischen Rahmen gezeigt, wie die in Normen enthaltenen Handlungsanweisungen durch Lernprozesse in supranationalen Institutionen entstehen und dann mit unterschiedlichem Erfolg je nach strukturellen Ausgangsbedingungen sowie der zusätzlichen Einwirkung von *advocacy groups* in Binnenkontexten beispielsweise von EU Mitgliedstaaten *policy*-verändernde Wirkung zeitigen (Keck/Sikkink 1998).

4.2. *Move 2: Normen als Referenzrahmen*

In einem zweiten *move* haben gesellschaftstheoretische Überlegungen zur Erfassung der Legitimitätsgrundlage im Umgang mit den Normen des Völkerrechts Einzug in die IB gehalten, indem sie sich auf die Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas bezogen (Risse 2000; Müller 2004; Deitelhoff/Müller 2005). Zusammengefasst bleibt die akademische Praxis des Hinzufügens der *Logik des Argumentierens* zur Normenforschung insofern problematisch, als sie dazu führt, dass die normative Grundlage der kritischen Theorie zugunsten einer behavioristischen Argumentation, die sich wiederum auf die strukturelle Wirkung von Normen auf das Handeln staatlicher Akteure bezieht, verlassen wird. Die Logik des Argumentierens führt daher trotz der Aufnahme normativer Kriterien schlussendlich zu einer behavioristisch verkürzten Anwendung der Theorie des kommunikativen Handelns. Diese intersubjektiven Ansätze zur Institutionenbildung sind vor allem im Rahmen der konstruktivistischen Wende in den IB vorangetrieben worden. Diese hebt die wechselseitige Konstitution von Akteursidentitäten und Institutionen durch politisches Handeln hervor. Institutionen wird somit nicht nur regulative (Verhaltens-), sondern

auch konstitutive (Identitäts-) Wirkung zugesprochen. Anders als bei der Annahme einer exogenen Rolle von Institutionen im politischen Handlungsprozess, die durch die endogenen Akteursinteressen mobilisiert werden kann, wird hier die analytische Trennung von Institutionen, Interessen und Identitäten hinterfragt. Diese Beziehung ist insbesondere für die Erforschung der Wirkung weicher Institutionen von Bedeutung. Einerseits zeigen diese intersubjektiven Ansätze die komplexen Implementationsgrundlagen für die Umsetzung beziehungsweise Befolgung (*compliance*) supranationaler Normen auf, andererseits versuchen sie, die Herausbildung gemeinsamer Referenzrahmen durch Argumentation in Verhandlungssituationen aufzuzeigen. Mit Habermas wird angenommen, dass bei Verhandelnden die Bereitschaft zum Sich-Überzeugenlassen durch das bessere Argument besteht, so dass Verhandlungssituationen erfolgreich durchgeführt werden können.

Die grundlegende Logik ist dabei die des Argumentierens. Dieser Ansatz bietet insbesondere für die anstehenden und aller Voraussicht nach fortdauernden Diskussionen um die Neugestaltung internationaler Organisationen eine fruchtbare Forschungsgrundlage.

Problematisch und bisher wenig erforscht bleibt bei diesen Arbeiten die Auseinandersetzung mit dem soziokulturellen Ursprung der Bedeutung von Normen und mit der konstitutiven Wirkung von Deliberationsprozessen auf die Veränderung der Bedeutung von Normen. So bleibt die von Habermas konstatierte gesellschaftliche Einbettung dieser konfliktiven Aushandlungen von Normengeltung und -faktizität und damit die normativ-philosophische Dimension kommunikativen Handelns in der Regel unberücksichtigt. Hier liegt jedoch, wie unter anderem die Integrationsforschung zur Komitologie gezeigt hat, ein beachtliches Entwicklungspotential für die Rolle von Normen in Prozessen der Konstitutionalisierung jenseits von Staatlichkeit, wie beispielsweise im Zusammenhang mit der UN oder der EU.

4.3. Move 3: Das Prinzip der Umstrittenheit

Die dritte Perspektive knüpft an Anthony Giddens an, indem sie die These der »doppelten Qualität von Normen« als sozial konstruiert und handlungsleitend aufgreift (Reus-Smit 1997; Wiener 2007). Zusätzlich wird hier das *Prinzip der grundsätzlichen Umstrittenheit* normativer Bedeutung aufgenommen. Dabei wird davon ausgegangen, dass diese Umstrittenheit von drei Bedingungen beeinflusst wird. Erstens verweist die *historische Kontingenz* normativer Bedeutung auf einen Wandel konstitutiver sozialer Praktiken – sowohl kultureller als auch organisatorischer – über einen Zeitraum hinweg. Dies ist die umfassendste Bedingung. Zweitens erschweren *Krisensituationen* die Anerkennung von Bedeutung auf der Grundlage gesellschaftlicher Institutionen. Es folgt, dass sich in diesen Situationen der zeitlich notwendig langfristig angelegte soziale Feedback-Faktor nicht adäquat entfalten kann. Er ist daher in seiner Wirkungsmacht reduziert. Drittens verändert der Wandel von *governance*-Prozessen beispielsweise durch die Ausdehnung von Praktiken des Regierens jenseits von Staatlichkeit und moderner politischer und gesellschaftlicher Grenzen die soziale Umge-

bung derart, dass der notwendige Referenzrahmen gesellschaftlicher Institutionen nicht mehr greift (vgl. Wiener 2008: 59-86). Entsprechend verstärkt sich der Einfluss von Interaktion der beteiligten Akteure im Kontext, in dem Normen wirken. Die Art, wie gebräuchliche normative Bedeutung (*normative meaning-in-use*, Milliken 1999) tatsächlich umgesetzt wird, rückt damit ins Zentrum.

Das Argument fußt einerseits auf der von Habermas herausgearbeiteten Wechselbeziehung von Faktizität und Geltung als einer Grundspannung in rechtsstaatlich verfassten modernen Gemeinschaften (Habermas 1992: 35). Andererseits wird jedoch argumentiert, dass Normenwirkung in post-hegelianischen Gemeinschaften nicht mehr lediglich aufgrund der rechtlichen Geltung und sozialen Anerkennung empirisch ermessens werden kann. Denn in der Folge der Transnationalisierung internationaler Beziehungen und der Verbreitung von Prozessen des Regierens jenseits von Staatlichkeit wird erst durch die Erfassung der in kulturelle Praktiken eingebetteten Geltung eine allgemeine Legitimitätsgrundlage hergestellt und somit die Wirkung von Normen auch empirisch überprüfbar. Diese Perspektive knüpft zwar an deliberative Ansätze in der politischen Theorie sowie der jüngeren Integrationsforschung an. Sie legt jedoch darüber hinaus einen deutlicheren Schwerpunkt auf die soziokulturell produzierten Bedeutungsinhalte, die entsprechende Erwartungshaltung sowie die Veränderbarkeit der Interpretation von Normen. Eine wichtige analytische Herausforderung für den demokratischen Konstitutionalismus jenseits von Staatlichkeit liegt dann in der Formulierung eines theoretischen Ansatzes, der umstrittene Interpretationen von Verfassungsnormen greifen kann und zugleich das methodologische Werkzeug bereitstellt, um die potentiell konfliktiven Interpretationen in den diversen Arenen zu bestimmen. Fallstudien konnten zeigen, dass die alleinige Unterzeichnung von bzw. die öffentlich dokumentierte Zustimmung zu anerkannten Fundamentalnormen auf der supranationalen Ebene die Umsetzung dieser Prinzipien in innerstaatlichen Kontexten nur bedingt fördert (vgl. Risse et al. 1999).

Die Frage nach der Normativität von Normenforschung, die sich innerhalb der IB als kritische Ergänzung und/oder Gegenargument zur positivistischen Logik des Konsequentialismus entwickelt hat, wurde hier rückblickend anhand dreier theoretischer Bewegungen überprüft. Jede Bewegung ist durch eine spezifische Handlungslogik bzw. durch ein Grundprinzip gekennzeichnet. Sie umfassen zunächst das organisationssoziologisch hergeleitete Verständnis von Normen als strukturelle Handlungsanleitungen und der entsprechenden *Logik der Angemessenheit*. Die darauf aufbauende zweite Perspektive basiert auf dem Habermasschen Gedanken der Überzeugung durch Argumentieren. Sie hat jedoch durch die Fokussierung auf die kausale Beziehung zwischen Normen und Akteursverhalten zu einer Verkürzung des Habermasschen sozialphilosophischen Ansatzes geführt. Denn die *Logik des Argumentierens* bezieht sich vor allem auf supranationale Verhandlungssituationen, deren Vermittlung mit innerstaatlichen Kontexten theoretisch wie empirisch noch weitgehend unklar bleibt. Die dritte Perspektive schließt sich kritisch an die vorherigen Auffassungen zur Bedeutung des soziokulturellen Kontextes für die Wirkung von Normen an. Sie konzentriert sich auf die Wiederaufnahme des Habermasschen Gedankens von Legitimität durch Interaktion. Dabei wird das zentrale Konzept der In-

teraktion um eine soziokulturelle Dimension erweitert und zudem auf das *Prinzip der Umstrittenheit* bezogen, das sich aus der normativen politischen Theorie herleitet.

5. Zusammenfassung: *What is in the Frame?*

Die konstruktivistische Wende hat zwar eine Öffnung zur empirischen Untersuchung der Rolle von Normen in den internationalen Beziehungen ermöglicht. Daran anknüpfend ist jedoch hervorzuheben, dass der in behavioristischen Fragestellungen wurzelnde moderne Konstruktivismus (welche Norm wirkt sich wie aus?) später durch den Bezug auf die Theorie des kommunikativen Handelns Legitimationsfragen in den Vordergrund gerückt hat (welche Norm zählt in einer guten Ordnung?). Drittens ist eine normative Erweiterung auf der Grundlage der strikten Anwendung des Demokratieprinzips in Zusammenarbeit mit dem Konstitutionalismusprinzip notwendig (welche Normbedeutung ist in einer durch Vielfalt gekennzeichneten Gemeinschaft akzeptabel?). Erst durch die Berücksichtigung dieser dritten Dimension gelingt es, die derzeit in den IB handlungstheoretisch verkürzte Umsetzung des Habermasschen Beitrags zur Rechtsphilosophie auf demokratietheoretischer Ebene einzuholen. Denn die Wirkung von Normen ist wesentlich durch kontextspezifische Interaktionsprozesse bestimmt. Damit gewinnt die Wechselwirkung von Interaktion und Kontext zentrale Bedeutung für die Interpretation und entsprechend für die Wirkungskraft von Normen, die vor allem für Studien der internationalen Beziehungen in einer durch Vielfalt geprägten globalen Welt eine Rolle spielt. Erst die dritte Perspektive fokussiert auf die Untersuchung von Normenwirkung in internationalen Beziehungen durch die Einbeziehung der soziokulturellen Dimension der Generierung und Umsetzung von Normbedeutungen auf der Basis von Kontingenzfaktoren und normativen Standards (vgl. Tabelle 1). Damit wird dem impliziten Fokus auf normative Qualität des ersten *moves* und dem bedingten Fokus des zweiten der unbedingte Bezug auf normative Qualität durch den dritten *move* hinzugefügt.

Tabelle 1: *Drei Moves zur normativen IPT*

Notwendigkeit von IPT	Move zum Normativen	Konzept	Normative Qualität
geringer	Normen als Sozialstruktur	Logik der Angemessenheit	Implizit
	Normen als Referenzrahmen	Logik des Argumentierens	Bedingt
höher	Normen als substanzieller Bestand	Prinzip der Umstrittenheit	<i>Unbedingt</i>

Das Prinzip der theoretischen Triangulation ermöglicht den systematischen Umgang mit Normativität als Herausforderung an die IB. Es ermöglicht die interdisziplinäre Diskussion um das reflexive Zusammenwirken empirischer und normativer Perspektiven auf die internationalen Beziehungen. Durch die theoretische Triangulation soll eine Annäherung an die globale Ordnung aufgrund des normativen Potentials einerseits und der institutionellen Bedingungen für Kontestation andererseits ermöglicht werden. Die in den IB noch kaum ausformulierte Perspektive des globalen Konstitutionalismus setzt in dieser theoretischen Debatte durch die grundsätzliche Kondition der Umsetzung des Prinzips von Equiprimordialität von Verfassung und Demokratie jenseits von moderner Staatlichkeit zentrale normative Standards.

Anknüpfend an die politische Demokratietheorie (vgl. auch Niesen 2010) soll so die Möglichkeit der kritischen Hinterfragung von Normen und Regeln von *governance* durch die von diesen betroffenen Individuen jenseits von Staatlichkeit institutionell garantiert werden. Kernüberlegung ist die Anwendung des Prinzips der Umstrittenheit, denn Zugang zu Kontestation ist die Grundvoraussetzung für demokratische Legitimation von *governance*. Das heißt:

»[A] free and democratic society will be legitimate even though its rules of recognition harbour elements of injustice and non-consensus if the citizens are always free to enter into processes of contestation and negotiation of the rules of recognition« (Tully 2000: 477).

In der bifokalen Umsetzung ist das Konzept der Kontestation entsprechend einerseits als soziale Praxis der kritischen Auseinandersetzung durch Hinterfragung (Kontestation, Rechtfertigung, Argumentieren, Deliberation) und andererseits als eine als Organisationsprinzip typisierte Norm (Prinzip der Umstrittenheit) definiert. Es steht der Gemeinschaftshypothese, die bisher in den IB noch weitgehend unproblematisiert bleibt und derzeit durch die Hinwendung zum neokantianischen Kosmopolitismus neue Nahrung erhält, diametral gegenüber. Gerade angesichts der anstehenden Revision internationaler Organisationsstrukturen und damit verbunden auch der Neuorientierung des Völkerrechts ist diese These als ein theoretisches Kernproblem der IB – vor der normativen Wende – zu betrachten. Daher kann hier die Öffnung der IB im Sinne dieses Symposiums vor allem durch die Diskussion um universalistische und multiversalistische Perspektiven gesellschaftlich bedingter Partizipationsoptionen wie beispielsweise Kontestation und Rechtfertigung neue Wege einschlagen.

Literatur

- Albert, Mathias* 2002: Zur Politik der Weltgesellschaft. Identität und Recht im Kontext nationaler Vergesellschaftung, Göttingen.
- Albert, Mathias/Stichweh, Rudolf* (Hrsg.) 2007: Weltstaat und Weltstaatlichkeit. Beobachtungen globaler politischer Strukturbildung, Wiesbaden.
- Barnett, Michael/Sikkink, Kathryn* 2008: From International Relations to International Global Society, in: Reus-Smit, Christian/Snidal, Duncan (Hrsg.): Oxford Handbook of International Relations, Oxford, 62-81.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar* 2005: Das kosmopolitische Europa, Frankfurt a. M.

- Benhabib, Seyla* 2007: Twilight of Sovereignty or the Emergence of Cosmopolitan Norms? Rethinking Citizenship in Volatile Times, in: *Citizenship Studies* 11: 1, 19-36.
- Bohnsack, Ralf* 2003: *Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden*, Opladen.
- Brunkhorst, Hauke* 2010: Neustart – Kritische Theorie Internationaler Beziehungen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 17: 2, 293-315.
- Bull, Hedley* 1977: *The Anarchical Society: A Study of Order in World Politics*, Basingstoke.
- Buzan, Barry* 1993: From International System to International Society: Structural Realism and Regime Theory Meet the English School, in: *International Organization* 47: 3, 327-352.
- Checkel, Jeffrey T.* 1998: The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: *World Politics* 50: 2, 324-348.
- Cohen, Jean L.* 2004: Whose Sovereignty? Empire Versus International Law, in: *Ethics und International Affairs* 18: 3, 1-24.
- Cohen, Jean L.* 2008: A Global State of Emergency or the Further Constitutionalization of International Law: A Pluralist Approach, in: *Constellations* 15: 4, 456-484.
- Dahl, Robert A.* 1971: Polyarchy: Participation and Opposition, New Haven, CT.
- Deitelhoff, Nicole/Gosepath, Stefan/Niesen, Peter/Herborth, Benjamin* 2010: Call for Papers zur Tagung Internationale Politische Theorie, 10.-12. Juni 2010 in Frankfurt a. M., in <http://www.unibw.de/ib-sektion/docs/cfp-ipt.pdf>; 05.11.2010.
- Deitelhoff, Nicole/Müller, Harald* 2005: Theoretical Paradise – Empirically Lost? Arguing with Habermas, in: *Review of International Studies* 31: 1, 167-180.
- Dunoff, Jeffrey L./Trachtman, Joel P.* (Hrsg.) 2009: *Ruling the World? Constitutionalism, International Law, and Global Governance*, Cambridge.
- Fassbender, Bardo* 1998: *UN Security Council Reform and the Right of Veto: A Constitutional Perspective*, Den Haag.
- Finnemore, Martha* 1996: *National Interests in International Society*, Ithaca, NY.
- Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn* 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: *International Organization* 52: 4, 887-917.
- Fischer-Lescano, Andreas* 2005: *Globalverfassung. Die Geltungsbegründung der Menschenrechte*, Weilerswist.
- Flick, Uwe* 2004: *Triangulation. Eine Einführung*, Wiesbaden.
- Forst, Rainer* 2007: *Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt a. M.
- Friedrichs, Jörg* 2004: *European Approaches to International Relations Theory*, London.
- Giddens, Anthony* 1979: *Central Problems in Social Theory*, Berkeley, CA.
- Goldstein, Judith/Keohane, Robert O.* (Hrsg.) 1993: *Ideas and Foreign Policy: Beliefs, Institutions, and Political Change*, Ithaca, NY.
- Habermas, Jürgen* 1992: *Faktizität und Geltung*, Frankfurt a. M.
- Halberstam, Daniel/Stein, Eric* 2009: The United Nations, the European Union, and the King of Sweden: Economic Sanctions and Individual Rights in a Plural World Order, in: *Common Market Law Review* 46: 1, 13-72.
- Held, David* 1995: *Democracy and the Global Order: From the Modern State to Cosmopolitan Governance*, Cambridge.
- Hoffmann, Dagmar* 2006: Rezension: Uwe Flick (2004). *Triangulation. Eine Einführung*, in: *Forum für Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 7: 3, verfügbar unter: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/152/333>; 24.9.2010.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary* 2001: Types of Multi-Level Governance, in: *European Integration Online Papers* 5: 11.
- Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate* (Hrsg.) 1996: *Regieren in der Europäischen Union*, Opladen.
- Joerges, Christian/Zürn, Michael* 2005: *Law and Governance in Postnational Europe*, Cambridge.

- Katzenstein, Peter* 1996: Introduction: Alternative Perspectives on National Security, in: Katzenstein, Peter (Hrsg.): *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, Columbia, NY, 1-32.
- Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn* 1998: *Activists Beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca, NY.
- Kessler, Oliver* 2010: Internationale Politische Theorie: Fehlentwicklung oder fehlende Entwicklung der IB?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 17: 2, 317-334.
- Kohler-Koch, Beate* (Hrsg.) 1998: *Regieren in entgrenzten Räumen (Sonderheft Politische Vierteljahresschrift 29)*, Opladen.
- Kruse, Jan* 2008: Reader »Einführung in die Qualitative Interviewforschung«, Freiburg.
- Lapid, Yosef* 1989: The Third Debate: On the Prospects of International Theory in a Post-positivist Era, in: *International Studies Quarterly* 33: 3, 235-254.
- Loughlin, Martin/Walker, Neil* (Hrsg.) 2007: *The Paradox of Constitutionalism: Constituent Power and Constitutional Form*, Oxford.
- March, James G./Olsen, Johan P.* 1989: *Rediscovering Institutions: The Organizational Basis of Politics*, New York, NY.
- March, James G./Olsen, Johan P.* 1998: The Institutional Dynamics of International Political Order, in: *International Organization* 52: 4, 943-969.
- Marks, Gary/Scharpf, Fritz W./Schmitter, Philippe C./Streeck, Wolfgang* (Hrsg.) 1996: *Governance in the European Union*, London.
- Meyer, John W.* 1997: World Society and the Nation-State, in: *American Journal of Sociology* 103: 1, 144-181.
- Milliken, Jennifer* 1999: The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research and Methods, in: *European Journal of International Relations* 5: 2, 225-254.
- Morris, Richard T.* 1956: A Typology of Norms, in: *American Sociological Review* 21: 5, 610-613.
- Müller, Harald* 2004: Arguing, Bargaining, and All That: Reflections on the Relationship of Communicative Action and Rationalist Theory in Analysing International Negotiation, in: *European Journal of International Relations* 10: 3, 395-495.
- Niesen, Peter* 2010: Internationale Politische Theorie: Eine disziplingeschichtliche Einordnung, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 17: 2, 267-277.
- Owen, David* 2007: Self-government and »Democracy as Reflexive Co-operation«, in: van der Brink, Bert/Owen, David (Hrsg.): *Recognition and Power: Axel Honneth and the Tradition of Critical Social Theory*, Cambridge, 290-320.
- Peters, Anne* 2009: The Merits of Global Constitutionalism, in: *Indiana Journal of Global Legal Studies* 16: 2, 397-411.
- Pouliot, Vincent* 2008: The Logic of Practicality: A Theory of Practice of Security Communities, in: *International Organization* 62: 2, 257-288.
- Reus-Smit, Christian* 1997: The Constitutional Structure of International Society and the Nature of Fundamental Institutions, in: *International Organization* 51: 4, 555-589.
- Reus-Smit, Christian* 2001: The Strange Death of Liberal International Theory, in: *European Journal of International Law* 12: 3, 573-593.
- Reus-Smit, Christian/Snidal, Duncan* (Hrsg.) 2008: *The Oxford Handbook of International Relations*, Oxford.
- Risse, Thomas* 2000: »Let's Argue!«: Communicative Action in World Politics, in: *International Organization* 54: 1, 1-39.
- Risse, Thomas/Ropp, Stephen C./Sikkink, Kathryn* (Hrsg.) 1999: *The Power of Human Rights: International Norms and Domestic Change*, Cambridge.
- Rosenau, James N./Czempiel, Ernst-Otto* (Hrsg.) 1992: *Governance Without Government: Order and Change in World Politics*, Cambridge.
- Rosenau, Jim* 2000: Change, Complexity, and Governance in a Globalizing Space, in: Pierre, Jon (Hrsg.): *Debating Governance: Authority, Steering, and Democracy*, Oxford, 169-200.

- Ruggie, John G.* 1998: *Constructing the World Polity: Essays on International Institutionalization*, London.
- Schimmelfennig, Frank* 2000: *International Socialization in the New Europe: Rational Action in an Institutional Environment*, in: *European Journal of International Relations* 6: 1, 109-139.
- Snow, David A./Benford, Robert D.* 1992: *Master Frames and Cycles of Protest*, in: Morris, Aldon D./McClurg Mueller, Carol (Hrsg.): *Frontiers in Social Movement Theory*, New Haven, CT, 133-155.
- Tully, James* 2000: *Struggles over Recognition and Distribution*, in: *Constellations* 7: 4, 469-482.
- Tully, James* 2002: *The Unfreedom of the Moderns in Comparison to their Ideals of Constitutionalism and Democracy*, in: *Modern Law Review* 65: 2, 204-228.
- Tully, James* 2008: *Public Philosophy in a New Key*, Cambridge.
- von Bogdandy, Armin* 2008: *Pluralism, Direct Effect, and the Ultimate Say: On the Relationship Between International and Domestic Constitutional Law*, in: *International Journal of Constitutional Law* 6: 3-4, 396-413.
- Wæver, Ole* 1996: *The Rise and Fall of the Inter-paradigm Debate*, in: Smith, Steve/Booth, Ken/Zalewski, Marysia (Hrsg.): *International Theory: Positivism & Beyond*, Cambridge, 149-185.
- Wæver, Ole* 1998: *The Sociology of a not so International Discipline: American and European Developments in International Relations*, in: *International Organization* 52: 4, 687-727.
- Weiler, Joseph H. H.* 1999: *The Constitution of Europe: »Do the New Clothes Have an Emperor?« and Other Essays on European Integration*, Cambridge.
- Wiener, Antje* 2007: *The Dual Quality of Norms and Governance beyond the State: Sociological and Normative Approaches to Interaction*, in: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 10: 1, 47-69.
- Wiener, Antje* 2008: *The Invisible Constitution of Politics: Contested Norms and International Encounters*, Cambridge.
- Zürn, Michael* 2000: *Democratic Governance Beyond the Nation-State: The EU and Other International Institutions*, in: *European Journal of International Relations* 6: 2, 183-221.
- Zürn, Michael* 2010: *Vier Modelle einer globalen Ordnung in kosmopolitischer Absicht*, Papier für die gemeinsame Tagung der Sektionen für Politische Theorie und Ideengeschichte und für Internationale Politik in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Frankfurt a. M., 10.-12. Juni 2010, unv. Ms.